

Antwort auf CDU-Anfrage Rechtspflege hat Aufgaben erfüllt

Die CDU-Landtagsfraktion hat ihre große Anfrage 17 zur Lage, Entwicklung und Zukunft der Rechtspflege in Nordrhein-Westfalen gestellt. Die Landesregierung schreibt in ihrer Antwort, die große Anfrage gebe ihr die Gelegenheit, gegen Ende der 12. Legislaturperiode Bilanz der abgeschlossenen und der auf den Weg gebrachten rechtspolitischen Leistungen zu ziehen. „Die Landesregierung begrüßt dies“, heißt es in der Antwort. Sie stimme der Feststellung der großen Anfrage zu, dass eine funktionierende Justiz als Garant für den Rechtsfrieden in der Gesellschaft unverzichtbar sei. Diese Garantiefunktion unterliege in zunehmendem Maße einem ständigen inhaltlichen Veränderungsprozess. Die tiefgreifende Wandlung der gesellschaftlichen Wertvorstellungen habe auch das Verhältnis der Bürgerinnen und Bürger zur Justiz erfasst. Wichtige Aufgabe der Justiz sei es, dafür zu sorgen, dass sich Rechtspflege im Bewusstsein der Rechtsuchenden als eine staatliche Einrichtung mit zeitgemäßen Strukturen und moderner Ausstattung darstelle, die so effizient wie möglich arbeite.

Steigende Aufgabenfülle

Auf allen Aufgabenfeldern sollte sich die Justiz als „Dienstleister“ der Rechtsuchenden verstehen. Der Grundsatz der Unabhängigkeit der Rechtsprechung werde dabei für alle Innovationen immanenter Gradmesser sein. Richtig sei auch, dass die Anforderungen an die Gerichte und die anderen Organe der Rechtspflege aus den unterschiedlichsten Gründen insgesamt gewachsen seien. Maßgeblich seien dafür vor allem die steigende Aufgabenfülle, die Regelungsdichte und die zunehmend schwieriger werdenden finanzpolitischen Rahmenbedingungen. Um so erfreulicher sei es, festzustellen, dass die Justiz auch in dem von der großen Anfrage erfassten Zeitraum ihre Aufgaben erfüllt habe (Drs. 12/4578).

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Postfach 101143, 40002 Düsseldorf
Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin). Telefon: (02 11) 8 84 23 03,
8 84 23 04 und 8 84 25 45, T-Online: *56801#, FAX
8 84 30 22
Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Dr. Hans Zinnkann, stellvertretender
Pressesprecher des Landtags
Redaktionsbeirat Edgar Moron MdL (SPD), Par-
lamentarischer Geschäftsführer, Heinz Hardt MdL
(CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer;
Sylvia Löhrmann (GRÜNE), Fraktionssprecherin
und Parlamentarische Geschäftsführerin, Hans-
Peter Thelen (SPD), Pressereferent;
Notker Becker (CDU), Pressesprecher;
Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Herstellung und Versand: Trittsch Druck und Ver-
lag, Düsseldorf, Vertrieb Telefon (02 11) 3 86 36 26
ISSN 0934-9154
Internet-Adresse: <http://www.landtag.nrw.de/>
LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend her-
gestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche

Wenn im Fernsehen aus dem nordrhein-westfälischen Landtag berichtet wird, und das geschieht in diesen Tagen ja sehr häufig, dann ist neuerdings oft ein zierlicher, älterer Herr im Bild zu sehen, der mit seinem geröteten Gesicht und den etwas krausen weiß-grauen Haaren wirkt, als sei er ganz aus Versehen in diesen Presse-rummel hineingeraten.

Der Mann heißt Rolf Hahn und stand als Abgeordneter der CDU bislang nicht gerade im Rampenlicht, zumal er bis vorigen Herbst auch noch Landrat in Bergisch-Gladbach war und sich deshalb seltener in Düsseldorf aufhielt als die meisten seiner Kollegen. Sein Abgeordnetenbüro ist so kahl, dass Hahn darin wirkt, als sei er nur zu Gast. Keine persönlichen Gegenstände finden sich hier, keine Bilder, keine Bücher.

Dafür stapeln sich jetzt Akten mit der Aufschrift „Sehr eilige Korrektur!“ auf seinem Schreibtisch, unablässig klingelt das Telefon, und laufend kommen Mitarbeiter hereingestürmt. Hahn leitet den Untersuchungsausschuss zur so genannten Flugaffäre. Soeben ruft der sächsische Regierungssprecher an und will Näheres zu der Zeugenaussage hören, wonach auch Kurt Biedenkopf einmal auf Kosten der WestLB geflogen sein soll. Der Nachrichtensender n-tv möchte jetzt gleich ein Live-Interview. „Alte Hasen“ aus dem Haus hätten ihm gesagt, berichtet Hahn, noch kein Ereignis im Landtag hätte ein solches Medienecho ausgelöst wie dieser Ausschuss.

Als er sich Ende vorigen Jahres konstituierte, fiel der Vorsitz turnusgemäß an die CDU, und die wählte mit Rolf Hahn einen Mann dafür aus, dessen ganzes Berufsleben aus der Kombination von Politik und Justiz bestand. Der promovierte Jurist Hahn, Jahrgang 1937, arbeitete in seiner Geburtsstadt Köln von 1968 bis zu seinem Einzug in den Landtag 1990 als Staatsanwalt in der politischen Abteilung, zuständig auch für Pressestrafsachen.

Die 68er-Studentenbewegung erlebte er hautnah mit, gewissermaßen auf der anderen Seite der Barrikade. „Eine Menge Verfahren gegen Studenten“ habe er damals einleiten müssen, erzählt er. Schließlich sei es ja schon strafbar gewesen, wenn auf einem Flugblatt das Impressum fehlte. Auch gegen den einen oder anderen Beitrag im WDR sah er sich veranlasst zu ermitteln.

In den siebziger Jahren, zur Hoch-Zeit des Terrorismus, wurde er als Ermittler mit Sitz in Köln zum Generalbundesanwalt „teilabgeordnet“. Als hier 1977 Arbeitgeberpräsident Hans-Martin Schleyer entführt wurde, war Hahn als erster Staatsanwalt am Tatort. Angesichts der exponierten Stellung stand er zeitweise unter Polizeischutz, auch wenn er nicht konkret bedroht wurde. In den achtziger Jahren waren es vor allem die Autonomen sowie die wachsende politisch motivierte Gewalt von Ausländern, die ihn beschäftigten.

Im Landtag, wo er dem Rechtsausschuss angehört, setzt Hahn sich unter anderem für eine verstärkte Anwendung der beschleunigten Verfahren ein sowie dafür,



Dr. Rolf Hahn (CDU)

dass „alle nicht Resozialisierungsfähigen“ wirklich sicher verwahrt werden und nicht neue Straftaten begehen können. Als einen Law-and-order-Mann möchte Hahn sich jedoch nicht bezeichnen. Von solchen Etiketten halte er nichts.

Seinen Weg in die Politik fand Hahn erst spät. Als er der CDU beitrug, war er bereits 41 Jahre alt. Die Gewissheit, stets in seinem Beruf zurückkehren zu können, vermittelte ihm große innere Unabhängigkeit, sagt er. Das geht so weit, dass er ein Landtagsmandat nicht annehmen würde, wenn er nur über die Landesliste ins Parlament einziehen würde, ohne in seinem Wahlkreis das Vertrauen der Wähler gewonnen zu haben. Bei der Wahl 1995 holte er in seinem Wahlkreis, dem rheinisch-bergischen Kreis II, das Direktmandat mit über sechs Prozentpunkten Vorsprung.

Dass er bei der Wahl im Mai wieder vorn liegt, dazu könnte auch die neu gewonnene Publicity beitragen. Ständig werde er jetzt auf seine Bildschirmpräsenz angesprochen. Dabei ist er in Overath bei Bergisch-Gladbach, wo er mit seiner Familie seit Jahrzehnten lebt, ohnehin fest verankert. Hier gehörte er zeitweise dem Gemeinderat und dem Kreistag an, und hier hat Hahn mehrere Ehrenämter inne, etwa den Vorsitz in einem Sportverein, beim Roten Kreuz oder bei der Züchtergemeinschaft. „Die Ehrenamtlichkeit macht unsere Gesellschaft menschlicher“, ist er überzeugt.

Über die Affären in SPD wie CDU scheint Hahn wirklich entsetzt. Dass es soweit kommen konnte, sieht er auch darin begründet, dass vielen Politikern jene innere Unabhängigkeit fehlt, die er für sich reklamiert. Deshalb tritt er dafür ein, Spitzenämter künftig zeitlich zu befristen wie in den USA, wo der Präsident nach zwei Amtsperioden abtreten muss.

Roland Kirbach

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muss nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.)